

**Erzbischof Zollitsch nennt FDP-Scheitern „Verlust für Deutschland“**

BERLIN (APA/AFP). Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Freiburger Erzbischof **Robert Zollitsch**, hat das Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag bedauert. Dies sei „ein Verlust für Deutschland“, sagte Zollitsch gestern im Vorfeld der Herbst-Vollversammlung der katholischen Bischöfe in Fulda. Als Regierungskoalition könne er sich Schwarz-Rot ebenso vorstellen wie Schwarz-Grün, fügte er hinzu.

land“, sagte Zollitsch gestern im Vorfeld der Herbst-Vollversammlung der katholischen Bischöfe in Fulda. Als Regierungskoalition könne er sich Schwarz-Rot ebenso vorstellen wie Schwarz-Grün, fügte er hinzu.

WAHLEN IN DEUTSCHLAND**Deutschland bleibt Europas Anker**

DEUTSCHLAND: Nach der Bundestagswahl ist vor der EU-Wahl – Berlin wird in EU-Fragen wohl auf Linie bleiben

VON JAN DÖRNER

BERLIN (AFP). Deutschland hat gewählt, und die EU-Vertreter in Brüssel sowie die Partnerländer fragen sich nun ebenso wie die Menschen in den verschuldeten Südstaaten, was der Wahlausgang in Deutschland für sie bedeutet. Ein Kurswechsel in der deutschen Europapolitik wird auch unter einer möglichen Großen Koalition aus Union und SPD nicht erwartet.

Offen ist derzeit noch, welche Rolle die Euro-kritische Alternative für Deutschland (AfD) nach ihrem Beinahe-Einzug in den Bundestag bei der Europawahl im Mai spielen kann. „Wir werden unsere Rolle verlässlich weiter spielen, Stabilitätsanker, auch Wachstumslokomotive zu sein“, versichert Finanzminister Wolfgang Schäuble den Europäern noch am Wahlabend.

Für viele in Brüssel ist das ein gutes Zeichen: Die wegen der Bundestagswahl auf Eis gelegte Arbeit an vielen Reformprojekten kann nun bald wiederaufgenommen werden. Besonders im Süden Europas gibt es aber auch Hoffnungen, dass eine neue Regierung unter möglicher Beteiligung der SPD sich weniger als kühler Anker und mehr als mit-



Wolfgang Schäuble bei einem seiner Treffen in Brüssel: Deutschland bleibt Europas Garant für Stabilität.

API/Virginia Mayo

fühlende Lokomotive sieht. In Griechenland bestehe der Wunsch, dass die neue Regierung in Berlin Europa weniger hart zum Sparkurs dränge, sagt Ilias Nikolakopoulos vom Athener Opinion-Institut.

„Aber ich denke, an der deutschen Linie wird sich nichts ändern.“ Ähnlich sieht das Jean-Dominique Giuliani, Präsident der europapolitischen Robert-Schuman-Stiftung. „Deutschland wird europäisch bleiben“, ist sich Giuliani sicher, aber

„mehr Solidarität und weniger Disziplin“ seien nicht zu erwarten. Der von Deutschland geforderte Sparkurs in Europa wird in Merkels dritter Amtszeit aber weiter für Diskussionsstoff sorgen. Denn neben Entscheidungen über den Fortgang der Hilfsprogramme für Griechenland, Irland, Spanien und Portugal sowie über den politisch und technisch umstrittenen Aufbau der europäischen Bankenunion wird es besonders darum gehen, Europas Wirtschaft wieder flott-

zumachen. Die Regierung müsse gemeinsam mit den EU-Abgeordneten die Aufgabe angehen, „die systembedrohende Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen“, fordert etwa der Präsident des Europaparlaments, der deutsche SPD-Politiker Martin Schulz. Daher gehe es darum, „ein kluges Investitionsprogramm aufzulegen, das Wachstumsimpulse setzen und die Politik der Haushaltskonsolidierung ergänzen kann“. Die Bundestagswahl hat neben dem

Wahlsieg Merkels mit dem Erfolg der AfD noch ein zweites Ergebnis gebracht, das die Europäer beschäftigt. Zwar bleiben die Euro-Kritiker knapp an der Fünf-Prozent-Hürde hängen – die liegt bei den EU-Wahlen im Mai allerdings nur bei 3 Prozent. Wiederholen die deutschen Euro-Skeptiker also ihr Ergebnis, ziehen sie nicht nur in das EU-Parlament ein, sondern sie könnten auch Protestparteien aus anderen Ländern Rückenwind geben.

© Alle Rechte vorbehalten

Italiens Monti feiert Merksels Sieg

ROM (APA). Der italienische Ex-Premier Mario Monti begrüßt den Wahlsieg der deutschen Kanzlerin Angela Merkel. „Der Kanzlerin ist es gelungen, ein Bild von Kohärenz, Kontinuität und Vernunft zu vermitteln. Die Deutschen lieben sie, weil sie zuverlässig ist. Deutschland ist ein Land, das Stabilität mag. Merksels Hauptbotschaft in diesem Wahlkampf war es, dass es keine Überraschungen geben wird, und die Deutschen mögen das“, sagte Monti im Interview mit der Tageszeitung „La Stampa“. „Ich glaube, dass Merkel in der nächsten Zeit nicht die Bilanzdisziplin aufgeben wird. Die Kanzlerin wird jedoch wie bereits im letzten Jahr mehr Aufmerksamkeit für die Bedürfnisse des Wachstums zeigen“, erklärte Monti.

Grüne Spitze tritt komplett zurück

BERLIN (APA/Reuters). Die komplette Führungsspitze der Grünen will nach der Niederlage bei der Bundestagswahl zurücktreten. Der Bundesvorstand mit den beiden Vorsitzenden **Cem Özdemir** (rechts) und **Claudia Roth** (links) sowie der Parteirat mit den Spitzenkandidaten Jürgen Trittin und Katrin Göring-Eckart würden beim nächsten Bundesparteitag noch im Herbst ihre Ämter aufgeben, kündigte Roth gestern an. Sie bekräftigte, sollte Bundeskanzlerin Angela Merkel den Grünen Sondierungen über eine Regierungsbildung anbieten, sollten diese angenommen werden.

Linke will rot-rot-grünen Bund

BERLIN (APA/AFP). Die Linke hat sich ungeachtet der geringen Chancen dafür ausgesprochen, die Möglichkeiten einer rot-rot-grünen Koalition nach der deutschen Bundestagswahl auszuloten. „Zur ordentlichen Umgangsweise gehört, dass man erst mal Gespräche anbietet und Gespräche führt“, sagte Parteichef Bernd Riexinger gestern dem Sender n-tv. Diese könnten scheitern oder zum Erfolg führen. „Aber momentan sind wir ja in der Situation, dass SPD und Grüne mit der Linken überhaupt nicht sprechen wollen“, sagte er.

Regierungsbildung könnte sich länger hinziehen

VERHANDLUNGEN: Grundgesetz schreibt nur für Bildung des Bundestages Frist vor – Bis zur Bestätigung der Kanzlerin bleibt sie im Amt

BERLIN (APA/AFP). Nach der Bundestagswahl könnte es lange dauern, bis eine neue Regierung steht. Denn gegen eine Große Koalition gibt es starke Vorbehalte bei der SPD, vor allem auf deren linkem Parteiflügel. Deswegen könnte die Entscheidungsfindung einige Zeit in Anspruch nehmen.

Es ist nun zunächst die Aufgabe der Union unter Bundes-

kanzlerin Angela Merkel (CDU), den anderen Parteien Gespräche über die Bildung einer neuen Regierung anzubieten. Gestern nahm Merkel mit SPD-Chef Sigmar Gabriel deswegen telefonischen Kontakt auf. Die SPD will aber zunächst am Freitag auf einem Parteikonvent beraten, wie sie weiter vorgehen will. Unabhängig davon muss sich nach Artikel 39 des Grundgesetzes

der Bundestag spätestens 30 Tage nach der Wahl konstituieren. Dem Vernehmen nach soll diese Frist ausgeschöpft werden, damit würde die konstituierende Sitzung am 22. Oktober stattfinden. Bei seiner ersten Zusammenkunft wählt das Parlament einen neuen Bundestagspräsidenten sowie dessen Stellvertreter.

Nach der Wahl von 2009 war

die 30-Tage-Frist für die Konstituierung des Parlaments zwar ausgeschöpft worden. Aber schon tags darauf wurde Merkel im Parlament als Regierungschefin der schwarz-gelben Koalition gewählt. Diesmal dürfte es länger dauern, so wie es auch schon nach der Bildung der Großen Koalition von 2005 der Fall gewesen war. Damals hatte es nach der konstituierenden

Sitzung wegen der langwierigen Koalitionsverhandlungen noch über einen Monat gedauert, bis Merkel erstmals in ihr Amt gewählt wurde. Sollte es diesmal wieder so lange dauern, wäre das kein Problem. Denn die alte Regierung bleibt geschäftsführend im Amt, bis ein neuer Kanzler gewählt ist und die Minister ernannt sind.

© Alle Rechte vorbehalten

„Wir haben rasanten Aufstieg geschafft“

BUNDESTAGSWAHLEN: Der Lananer Marc Jongen (45) kandidierte für die Alternative für Deutschland (AfD)

BOZEN/KARLSRUHE. „Es wurde sehr viel Propaganda gegen uns gemacht“, sagt Marc Jongen. Sonst hätte die Alternative für Deutschland (AfD) womöglich den Einzug in den Bundestag geschafft. Jongen ist bei den Bundestagswahlen für die AfD angetreten – als Direktkandidat im Wahlkreis Karlsruhe-Stadt. Der Lananer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter für Philosophie und Ästhetik an der Hochschule für Gestaltung Karlsruhe und dort auch Assistent von Rektor Peter Sloterdijk.

„Dolomiten“: Was hat Sie bewegt, der AfD beizutreten?

Marc Jongen: Die Euro-Rettungspolitik rettet in Wahrheit nicht die Länder, sondern nur deren Gläubiger-Banken. Das war mir schon länger klar und ich habe es mit Sorge beobachtet. Als der deutsche Bundestag seine Finanzhoheit an die EU-Monsterbehörde ESM de facto

abgetreten hat, ist für mich eine rote Linie überschritten worden. Kurz vor Gründung des Landesverbandes Baden-Württemberg bin ich der AfD beigetreten, habe spontan für den Landesvorstand kandidiert und bin dann auch gewählt worden.

„D“: Wie bewerten Sie das Abschneiden der AfD?

Jongen: Es ist natürlich sehr bitter, dass wir den Einzug in den Bundestag so knapp verfehlt haben. Andererseits ist das Ergebnis mit über zwei Millionen Wählern sehr gut. Einen solch rasanten Aufstieg hat noch keine Partei in Deutschland geschafft. Bei der Europawahl im Jahr 2014 gibt es nur eine Drei-Prozent-Hürde, da ist an einem Erfolg nicht ernsthaft zu zweifeln. Auch die kommenden Landtagswahlen in den östlichen Bundesländern versprechen gut auszugehen, sodass sich eine langfristige Etablierung der AfD im deut-



Marc Jongen (im Bild links) mit Parteigründer Bernd Lucke.

schen Parteiensystem abzeichnen.

„D“: Woran lag es, dass die AfD um drei Zehntelpunkte den Einzug in den Bundestag nicht geschafft hat?

Jongen: Zum einen mussten wir neben dem Wahlkampf erst die Partei selbst noch aufbauen, zum anderen wurde auch sehr viel Propaganda gegen uns gemacht. Stichwort: Rechte Unterwanderung. Das ist natürlich alles Blödsinn – aber viele Uninformierte lassen sich davon beeindrucken.

„D“: Werden Sie bei den Europawahlen im nächsten Jahr kandidieren?

Jongen: Das ist noch unentschieden und hängt neben parteiinternen auch von beruflichen Faktoren ab. Ausschließen will ich es nicht.

Int.: Stephan Pfeifhofer

© Alle Rechte vorbehalten